

## ■ KNAPPHEIT AN ARBEITSKRÄFTEN

*Die österreichische Wirtschaft benötigt bis 2005 etwa 27.000 zusätzliche Arbeitskräfte pro Jahr. In den letzten Jahrzehnten waren gut ausgebildete Arbeitskräfte leicht zu rekrutieren, weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um rund 30.000 pro Jahr zunahm. In diesem Jahrzehnt wird sie jedoch stagnieren und zwischen 2010 und 2030 sogar um fast 30.000 pro Jahr abnehmen. Daraus resultiert nicht nur ein quantitatives, sondern vor allem auch ein qualitatives Defizit: Die Reserven an Arbeitskräften – Arbeitslose, ältere Arbeitskräfte, Frauen – haben in der Regel nicht jene Qualifikationen, welche die Wirtschaft braucht.*

Die Unternehmen benötigen in Österreich nach den jüngsten mittelfristigen Wirtschaftsprognosen des WIFO zwischen 1999 und 2005 etwa 165.000 zusätzliche Beschäftigte. Diese Schätzung beruht auf einem mittelfristigen Wirtschaftswachstum von 2½% pro Jahr. In einem optimistischeren Wachstumsszenario (+2¾% p. a.) würde die zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften sogar fast 200.000 betragen.

### **BIS 2005 ZUSÄTZLICHER BEDARF AN 165.000 ARBEITSKRÄFTEN**

In Österreich blieb das Wirtschaftswachstum seit 1995 leicht (–0,1 Prozentpunkt p. a.) hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Die Forschungs- und Entwicklungsquote ist niedrig, die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien sind besonders gering.

Eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung setzt hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Informations- und Kommunikationstechnologien voraus, erfordert aber auch eine ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften. Mangel an qualifizierten Arbeitskräften kann substantielle Wachstums- und Wohlstandseinbußen zur Folge haben. Die österreichischen Erfahrungen mit einer solchen Situation in den frühen sechziger Jahren sind ein mahnendes Beispiel.

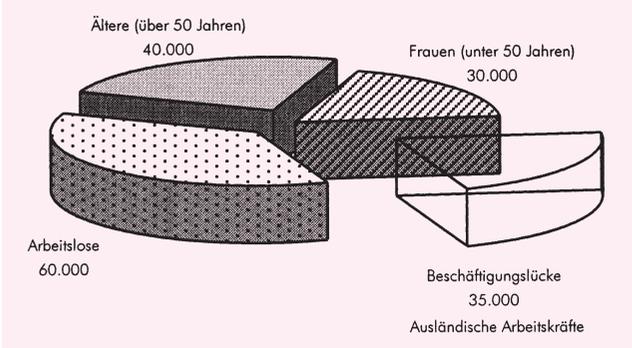
- Das knappe Angebot wird allerdings auch die Produktivitätssteigerung beschleunigen (Zunahme der Überstunden und arbeitssparender technischer Fortschritt).

### **QUELLEN DER ZUSÄTZLICHEN BESCHÄFTIGUNG**

Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 60 Jahren wird bis 2005 geringfügig schrumpfen. Die zusätzlich benötigten Beschäftigten können deshalb nicht – wie

Dieser Beitrag ist die Kurzfassung einer Studie, die das WIFO im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich verfasst hat (Ewald Walterskirchen, Gudrun Biffl, Knappheit an Arbeitskräften, April 2001). Die gesamte Studie kann bei der Marketing-Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich (Tel. +43 1 501 05/5050) bestellt werden. • Wissenschaftliche Assistenz: Waltraud Popp • E-Mail-Adressen: Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at, popp@wifo.ac.at

Abbildung 1: Quellen der zusätzlich benötigten 165.000 Arbeitskräfte



in der Vergangenheit – aus einem wachsenden demographischen Angebot rekrutiert werden. Vor allem die folgenden vier Quellen stehen zur Verfügung: Abbau der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer, Verringerung der „stillen Reserve“ von Frauen und Steigerung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte.

Diese Anpassungsprozesse können insbesondere die Lücke an weniger Qualifizierten schließen. Eine Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften bleibt bestehen. Hier kann nur zusätzliche Bildung und Weiterbildung Abhilfe schaffen.

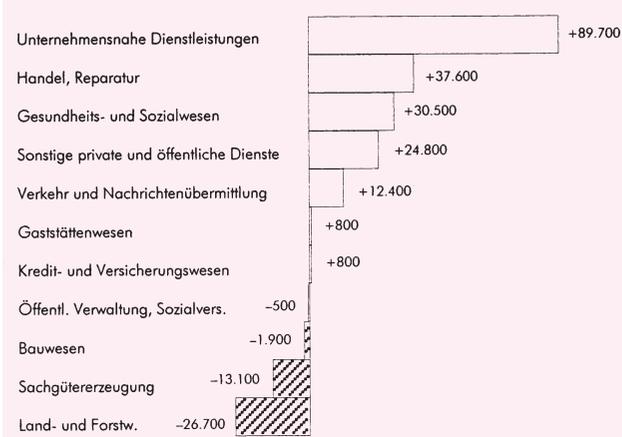
Alle diese Möglichkeiten zur Schließung der Beschäftigungslücke erfordern politische Aktivitäten: Das Reservoir an Arbeitskräften muss mobilisiert und mit den von der Wirtschaft benötigten Fähigkeiten ausgestattet werden. Der Auftrag an die Bildungspolitik lautet: kontinuierliches „Upgrading“ der aktiven Bevölkerung, um die erforderlichen hohen Qualifikationen bereitzustellen.

- Vor allem die Rekrutierung aus Arbeitslosigkeit ist mit einem Qualifizierungsproblem verbunden: Arbeitslose sind meist wenig ausgebildet und lassen sich nur Schritt für Schritt qualifizieren. Wenn die Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreich sind, kann die Arbeitslosenquote bis 2005 auf 4½% verringert werden.
- Ein großes Potential liegt in der Steigerung der Beschäftigungsquote Älterer (über 50 Jahre): Wenn diese langfristig auf das Niveau der frühen siebziger Jahre angehoben werden kann, stehen zusätzlich rund 200.000 Arbeitskräfte zur Verfügung.

Die EU hat anlässlich des Stockholm-Gipfels das Ziel formuliert, die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen bis 2010 auf 50% zu steigern. In Österreich würde dies das Arbeitskräfteangebot um rund 220.000 bzw. 6% der Erwerbstätigen erhöhen.

Die Anhebung des Frühpensionsalters könnte das Arbeitskräfteangebot bis 2005 um mindestens 30.000 vergrößern. Eine substantielle Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer erfordert aber vor allem ein Umdenken von Unternehmern und Gewerkschaften: Eine Strategie des „golden handshake“ ist unter den Bedingungen von Arbeitskräfteknappheit überholt.

Abbildung 2: Arbeitskräftebedarf nach Branchen 1999 bis 2005



Erwerbstätige ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdienler.

- Die „stille Reserve“ von Frauen wurde schon in der letzten Zeit – überwiegend für Teilzeitarbeit – mobilisiert. In den nächsten Jahren wird die Erwerbsbeteiligung der Frauen weiter zunehmen.
- Soweit das heimische Arbeitskräfteangebot nicht ausreicht, um die zusätzliche Nachfrage zu befriedigen, sollte eine Steigerung der Zahl qualifizierter ausländischer Beschäftigter ins Auge gefasst werden. Im Vorfeld der EU-Osterweiterung könnten Quoten für Schlüsselkräfte aus den Beitrittsländern festgelegt werden, um die Knappheit an qualifizierten Beschäftigten zu verringern.

### UNTERNEHMENSNAHE DIENSTE UND TELEKOMMUNIKATION BENÖTIGEN ZUSÄTZLICHE ARBEITSKRÄFTE

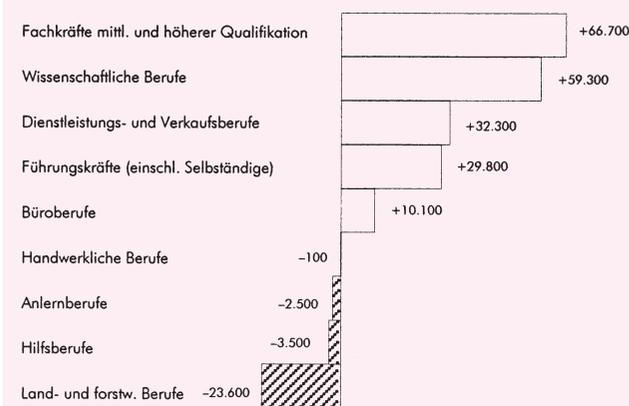
Etwa die Hälfte der zusätzlichen 165.000 Arbeitsplätze wird in den unternehmensnahen Dienstleistungen entstehen: Technische Büros, Softwareanbieter, Unternehmensberater usw. haben eine hohen Bedarf an Arbeitskräften.

Auch im Bereich der Telekommunikation wird die Nachfrage nach Beschäftigten kräftig zunehmen – bereits bis 2003 um 13.000. Der Tourismus, der Handel (einschließlich Reparaturgewerbe) und das Gesundheitswesen werden ebenfalls mehr Beschäftigte benötigen.

Der produzierende Sektor wird dagegen dank hoher Produktivitätssteigerungen mit weniger Arbeitskräften auskommen, zum Teil auch wegen des „Outsourcing“ von Dienstleistungen. Der Anteil des produzierenden Sektors an den Erwerbstätigen wird von 28% (1999) auf 26% (2005) zurückgehen. Die Industrie behält jedoch trotz des Personalabbaus ihre dominierende wirtschaftliche Stellung.

Innerhalb der Sachgüterproduktion wird sich die Beschäftigung in den Bereichen Metall-, Elektro- und Che-

Abbildung 3: Arbeitskräftebedarf nach Berufen 1999 bis 2005



Erwerbstätige ohne Soldaten, Karenzgeldbezieher und Präsenzdienner.

mieindustrie sowie Glas- und Keramikindustrie am günstigsten entwickeln.

Einen weiteren Rückgang der Erwerbstätigenzahl werden die Landwirtschaft sowie die Nahrungsmittel- und Bekleidungsbranche verzeichnen. Auch die Bauwirtschaft wird ihren Personalstand nicht halten können.

Der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung wird – im Gegensatz zur Vergangenheit – infolge der geplanten Verwaltungsreform deutlich zurückgehen: von 14% 1999 auf 13¼% im Jahr 2005. Auslagerungen aus dem öffentlichen Dienst werden die Beschäftigung in den privaten Dienstleistungen steigen lassen.

## HOHER BEDARF AN IT-FACHKRÄFTEN UND TECHNIKERN

Der Übergang zur Informationsgesellschaft spiegelt sich in der Entwicklung der Berufsstruktur. Die postindustrielle Gesellschaft ist nicht wie früher erwartet eine Dienstleistungsgesellschaft, sondern eine Informationsgesellschaft.

Die USA spielen eine wirtschaftliche Vorreiterrolle; an der Entwicklung der Branchen- und Berufsstruktur in den USA ist zu erkennen, wie sich die Berufsstruktur in Europa wahrscheinlich entwickeln wird: Im vergangenen Jahrzehnt stieg der Anteil der wissenschaftlich-technischen Berufe stark, aber auch der Dienstleistungssektor nahm viele zusätzliche Arbeitskräfte auf. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Sachgüterproduktion und in der öffentlichen Verwaltung ging dagegen zurück.

Am größten ist in der Informationsgesellschaft – die zugleich eine Wissensgesellschaft ist – die Nachfrage nach Fachkräften aus der Informationstechnologie (IT), Naturwissenschaftlern und Technikern. In Österreich wird der Bedarf an Arbeitskräften mit diesen Qualifikationen bis 2005 um mehr als 40.000 zunehmen. Zugleich werden

aber auch mehr Wirtschaftsfachleute benötigt: Unternehmensberater, Manager, Betriebswirte, Finanz- und Kundenberater.

Der Anteil der Führungskräfte an der Beschäftigung wird bis 2005 steigen. Dazu zählen insbesondere auch die Leiter kleiner Unternehmen. Die „New Economy“ bietet neue Chancen für Selbständige: Nach einer Umfrage in Deutschland ist eine selbständige Tätigkeit für mehr als die Hälfte der Jugendlichen erstrebenswert.

Der Anteil der wissenschaftlichen und technischen Berufe sowie jener der Führungskräfte ist Österreich (einschließlich Lehrer 21%) viel niedriger als in den USA (28%). Im Zuge eines Aufholprozesses wird die Zahl der Führungskräfte (einschließlich Selbständige) bis 2005 um 30.000 zunehmen, jene der Fachkräfte in wissenschaftlich-akademischen Berufen um fast 60.000, jene mittlerer und höherer Qualifikation um mehr als 65.000.

In der Vergangenheit nahm der öffentliche Sektor in Österreich einen Großteil der Akademiker und Maturanten auf. In Zukunft werden Absolventen von höheren Schulen und Hochschulen vor allem in der Privatwirtschaft arbeiten. Im Zuge der Verwaltungsreform ist mit spürbaren Einschränkungen der Zahl der Verwaltungskräfte zu rechnen. In den medizinischen und sozialen Berufen werden dagegen mit der steigenden Zahl Älterer zusätzliche Arbeitskräfte benötigt.

Handwerkliche Berufe (Facharbeiter) haben in Europa eine wesentlich größere Tradition als in den USA. Dennoch ist anzunehmen, dass der Anteil dieser Berufssparte ähnlich wie in den USA etwas abnehmen wird. Infolge des Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird jedoch in vielen typischen Facharbeiterberufen (vor allem im Metall- und Elektrobereich) ein Mangel an Qualifizierten herrschen.

Rückläufig ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Berufen (bis 2005 etwa –25.000) sowie nach Anlern- und Hilfsberufen.

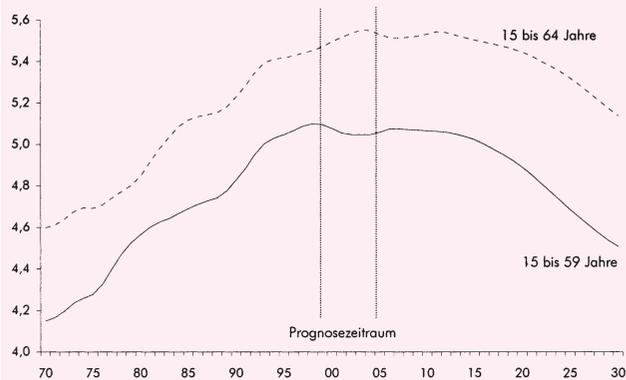
## ADÄQUATES AUSBILDUNGSSYSTEM FÜR DIE INFORMATIONSGESELLSCHAFT ERFORDERLICH

Der Strukturwandel der Wirtschaft erfordert immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte. In der sich entwickelnden Informationsgesellschaft werden vor allem Fachkräfte im technischen und wirtschaftlichen Bereich benötigt. Vertrautheit mit dem Computer, Kommunikationsfähigkeit (Teamwork) und Englischkenntnisse sind Grundvoraussetzungen in einer globalisierten Wirtschaft.

Die Nachfrage nach Absolventen der berufsbildenden höheren Schulen und der Hochschulen wird stark steigen. Auch ein Lehrabschluss ist für viele Unternehmen nach wie vor ein positives Kriterium bei der Einstellung von Arbeitskräften.

Abbildung 4: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2030

In Mio.



Q: Statistik Austria.

Besonders hoch ist der Bedarf der Unternehmen an Qualifikationen zwischen traditionellem, übermäßig langem Hochschulstudium und berufsbildender höherer Schule: Fachhochschulen, „Baccalaureate“ (3-jährig) und Kollegs (2-jährig). Hier sind jedoch die Möglichkeiten in Österreich, gemessen am Ausland, sehr begrenzt.

Für Arbeitskräfte, die nur einen Pflichtschulabschluss aufweisen, wird es immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden. Das zeigt auch die hohen Arbeitslosenquote dieser Personengruppe (11% im Jahr 2000).

Bis zum Jahr 2005 wird sich die Ausbildung der Erwerbstätigen deutlich verbessern. Dies wird jedoch wegen der demographisch bedingten Stagnation des Angebotes bei weitem nicht ausreichen, um die Nachfrage der Wirtschaft nach qualifizierten Kräften zu befriedigen. Die Reserven an Arbeitskräften – Arbeitslose, Ältere und Frauen – haben in der Regel nicht jene Qualifikation, welche die Wirtschaft zusätzlich benötigt.

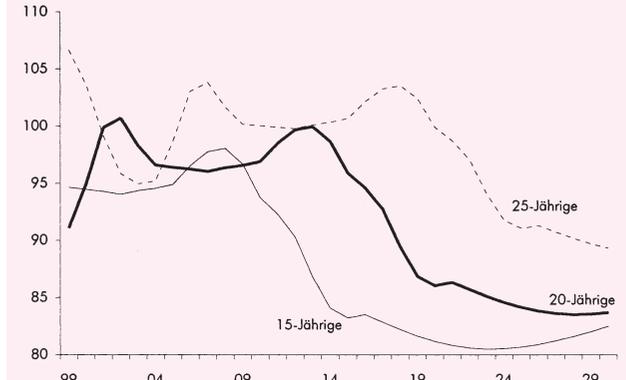
- Im Jahr 2005 werden knapp 9½% der Erwerbstätigen eine abgeschlossene Hochschulausbildung aufweisen. Für 17% wird die Matura (einschließlich BHS-Kolleg) der höchste Abschluss sein. 11% werden eine berufsbildende mittlere Schule (Fachschule, ohne BHS-Kolleg) absolviert haben.
- Der Anteil der Erwerbstätigen mit abgeschlossener Lehre wird bei etwa 45% konstant bleiben, jener mit Pflichtschulabschluss von 20,5% auf 17% zurückgehen.

### DROHENDE KNAPPHEIT AN QUALIFIZIERTEN ARBEITSKRÄFTEN

Bei unveränderter Beschäftigungsquote der aktiven Bevölkerung entsteht unter den beschriebenen Rahmenbedingungen bis 2005 eine Beschäftigungslücke von rund 165.000. Sie betrifft – unter den in der Studie getroffenen Annahmen – zu mehr als der Hälfte Absolventen einer weiterführenden Schule (fast 100.000), daneben

Abbildung 5: Jugendliche im Erwerbseintrittsalter bis 2030

In 1.000



Q: Statistik Austria.

Personen mit abgeschlossener Lehre (85.000). An Absolventen der Pflichtschule wird es einen Überschuss von nahezu 20.000 geben.

Am ausgeprägtesten ist die Lücke an Hochschul- und BHS-Absolventen, hier vor allem im technischen Bereich (IT-Fachkräfte). Eine Unterscheidung der Beschäftigungslücke nach Absolventen von Hochschulen und höheren Schulen ist allerdings schwierig, da die Nachfrage der Unternehmen vor allem im Bereich zwischen traditionellem Hochschulstudium und berufsbildender höherer Schule liegen dürfte. Ein Ausbau der Fachhochschulen und vor allem Kurzstudien (Baccalaureate und Kollegs) erscheint dringend erforderlich. Hier besteht in Österreich großer Nachholbedarf gegenüber den anderen EU-Staaten.

Die quantitative Lücke zwischen Beschäftigungsnachfrage und demographischem Angebot ließe sich – bei entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Aktivierungsmaßnahmen – durch einen Abbau der Arbeitslosigkeit sowie eine Anhebung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren zu etwa drei Vierteln decken. Der verbleibende Bedarf an Arbeitskräften (35.000) könnte durch eine Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte (mit Aufenthaltsbewilligung) befriedigt werden.

In qualitativer Hinsicht bliebe jedoch ein großes Defizit bestehen: Im Allgemeinen weisen weder die Arbeitslosen noch die „stille Reserve“ an Frauen und älteren Arbeitskräften oder die „typischen Gastarbeiter“ jene Qualifikationen auf, welche die Wirtschaft zusätzlich benötigt. Die Knappheit an Absolventen einer Lehre kann jedoch durch Eingliederung von Arbeitskräfte reserven zu mehr als der Hälfte abgebaut werden. Auch hier mag die Qualifikation allerdings häufig nicht mehr „zeitgemäß“ sein und so arbeitsmarktpolitischer Unterstützung erfordern. Für 2005 ergibt sich so eine Lücke von rund 35.000 Absolventen einer Lehre (Facharbeitern), die entweder durch eine Steigerung der Zahl ausländischer Fachkräfte oder durch Qualifizierung von Absolventen einer Pflichtschule abgedeckt werden kann.

Die Knappheit an Absolventen weiterführender Schulen kann durch eine Nutzung der Arbeitskräftereserven (Arbeitslose, Ältere, Frauen) kaum verringert werden – mit Ausnahme vielleicht der Absolventen berufsbildender mittlerer Schulen (Handelsschulen usw.).

Noch markanter als in den kommenden Jahren wird sich die Arbeitskräfteknappheit in den Jahren 2015 bis 2030 abzeichnen. Die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren wird in dieser Periode um 360.000 abnehmen. Ohne Steigerung der Beschäftigungsquote verringert sich die Zahl der Erwerbstätigen dabei um etwa 250.000 bzw. um 17.000 pro Jahr (-0,6%).

Eine solche Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes würde empfindliche Einbußen an Wachstumschancen für die Wirtschaft bedeuten. Dies würde die Finanzierung der Pensions- und Krankenversicherung vor große Probleme stellen und die dauerhafte Sanierung der öffentlichen Haushalte wesentlich erschweren.

Am gravierendsten erscheint der absehbare Mangel an Ingenieuren, Technikern und IT-Fachkräften wenn er nicht durch bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemildert bzw. behoben werden kann. Verstärkte Anstrengungen der Bildungspolitik müssen sich dabei nicht nur mit der Erstausbildung, sondern noch mehr mit der Weiterbildung in und außerhalb der Betriebe befassen.

### *Shortage of Workers – Summary*

Up to 2005, businesses in Austria will require some 27,000 additional workers per year. In the past decades, skilled labour was easy to recruit because the working-age population grew by about 30,000 a year. But the economically active population will stagnate in the current decade and then decline by almost 30,000

annually between 2010 and 2030. Policy-makers are thus called upon to tap labour reserves (unemployed, older workers and women) and institute qualifying measures to make them fit for the labour market. If this should not suffice to cover the shortage, the number of foreign skilled workers needs to be raised.